

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

30.12.1863 (No. 306)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 30. Dezember.

N. 306.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende Dezember abgelassen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Voten aufgegeben werden.

Für Frankreich abonnirt man bei Hrn. G. Alexandre in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

Deutschland.

Frankfurt, 27. Dez. Ueber die Bundestags-Sitzung vom 23. d. bringt die „Wem. Ztg.“ folgendes Nähere: In der auf Wunsch des bayerischen Gesandten berufenen Bundestags-Sitzung wurde in Bezug auf den Antrag des Hrn. v. d. Pfordten, der auf eine möglichst schnelle Regelung der holschlesischen Erbfolge-Frage hinausläuft, von den Großmächten die Ansicht ausgesprochen, dieser Antrag möge zunächst dem schleswig-holsteinischen Ausschuss zur Beschleunigung seines Vortrags über die bereits vorliegenden Anträge in der Erbfolge-Frage überwiesen werden. Gegen diese Ansicht sprachen sich die Vertreter der übrigen Regierungen aus und befürworteten sofortige Abstimmung über den Antrag der bayerischen Regierung. Gegen denselben stimmten außer den Großmächten noch der niederländische und der mecklenburgische Gesandte, so daß der bayerische Antrag mit einer Majorität von 8 Stimmen zum Beschluß erhoben wurde, nachdem seinerseits Hr. v. d. Pfordten von der anfänglich beantragten Frist von 8 Tagen, binnen welcher der Bericht zu erstatten sei, Abstand genommen. — Das „Dresd. Journ.“ berichtet darüber folgendes: Bayern hatte, unter Anschluß Sachsens, den Antrag gestellt, den holschlesischen Ausschuss zu beauftragen: über die Legitimationsfrage, welche zugleich die Erbfolge-Frage in sich schließt, binnen 8 Tagen Bericht zu erstatten. Die Bundesversammlung hat diesen Antrag Bayerns mit 12 gegen 4 Stimmen zum Beschluß erhoben, jedoch mit der Modifikation, daß statt „binnen acht Tagen“ gesagt wurde: „mit der Dringlichkeit der Sachlage entsprechende möglichst schnelle Beschleunigung“.

× **Frankfurt, 28. Dez.** Die Bundesversammlung trat heute abermals zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher zunächst ein Antrag vom Großherzogthum Hessen zum Vortrag kam, welcher zum Zweck der Sicherung der Rechte des Bundes die sofortige Okkupation Schleswigs will. Ein gemeinschaftlicher Antrag von Desterreich und Preußen geht dahin, Dänemark zur Zurücknahme der auf Inkorporation Schleswigs gerichteten Anordnungen aufzufordern und stellt der Bundesversammlung anheim, eventuell weitere Maßregeln in Aussicht zu nehmen, stets unter Vorbehalt der Erbfolge-Frage. Beide Anträge wurden den Ausschüssen zugewiesen. — Hieran kommt eine englische Note zur Vorlage, welcher der Londoner Traktat beiläufig. — Berichte der Bivollkommnisse und des Generalleutnants v. Hatz über die jüngsten Vorgänge, welche schließlich zur Verlesung kamen, wurden von der hohen Versammlung gutgeheißen.

Frankfurt, 28. Dez. (Fr. Z.) Der dänische Gesandte, Hr. v. Dirckinck-Holmfeld, reist dem Vernehmen nach heute von hier ab.

○ **Frankfurt, 29. Dez.** Die gestrige Bundestags-Sitzung brachte des Wichtigsten Mehreres. Zunächst ward die bereits angekündigte Note des Sir A. Malet vorgelegt. Dieselbe soll kurz und schroff abgefaßt sein. Sie besagt, daß, wenn der Bundestag in Folge übereilter Schritte (by any hasty steps) ein dem Londoner Vertrage zuwiderlaufendes Verfahren einschlägt, dies zu ernstlichen Folgen führen könne. England erklärt sich sodann bereit, über die schleswig-holsteinische Angelegenheit auf einer Konferenz der Unterzeichner des Londoner Traktats zu verhandeln, an welcher auch (wie gültig) ein Vertreter des Bundes Theil nehmen möge.

Alsdann brachten Desterreich und Preußen einerseits und Darmstadt andererseits Anträge bezüglich Schleswigs ein. Die ersteren beantragen eine an Dänemark zu richtende Auforderung, das Grundgesetz vom 18. November außer Kraft zu setzen, und dabei an Dänemark zu erklären, daß andernfalls Deutschland Schleswig als Pfand für Erfüllung der (internationalen) Forderungen besetzen werde. Großherzog-

thum Hessen beantragt einfach die Besetzung Schleswigs zur Wahrung aller bezüglichen Rechte. Die beiden Anträge stehen auf prinzipiell verschiedenen Boden. Dem großmächtl. ist die (nicht an Dänemark mitzutheilende) Bemerkung beigefügt, daß die Prüfung der Erbfolge-Frage hiedurch nicht beeinträchtigt werden würde.

Alle diese Vorlagen gingen an die vereinigten Ausschüsse. — Hr. v. d. Pfordten soll in denselben das Referat über die Erbfolge-Frage wieder übernehmen haben.

Kassel, 23. Dez. Man schreibt der „W. Allg. Ztg.“: Der Kurfürst ist der Anerkennung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein sehr zugeneigt. Der Grund liegt theils in der Rücksicht auf die Legitimität, theils darin, daß durch das Londoner Protokoll, wie neulich in einer Schrift von Drehsen hervorgehoben wurde, das eventuelle Recht des Kurfürsten, in 8. Linie zum dänischen Thron berechtigt zu sein und dem Protokollkönige nach der lex regia vorzugehen, beeinträchtigt ist, endlich in der Verlegenheit, in welche unser Thronfolger Prinz Friedrich von Hessen zu Kopenhagen jetzt geräth.

Pyrmont, 21. Dez. Der Pyrmontener Landtag wird gleich nach Weihnachten zusammentreten, um über die völlige Finanzvereinbarung zwischen Waldeck und Pyrmont, die von den waldeck'schen Ständen in zweiter Lesung mit Ausnahme des §. 5 genehmigt worden, zu berathen.

Gotha, 28. Dez. (W. L. Z.) Heute empfing Herzog Friedrich eine offizielle Deputation der Universität Kiel, bestehend aus den Defakten Professoren Friede, Reuner, Lügmann, Dönlow, welche eine Huldigungsadresse des akademischen Konstitiums überbrachten.

Dresden, 28. Dez. (W. L. Z.) Das „Dresd. Journ.“ veröffentlicht die dänische Erwiderung auf die Auforderung der Exekutionsmächte zur Räumung Holsteins und Lauenburgs, und bemerkt dazu: Die dänische Note lasse erkennen, welche Ausnahme der Bund für Beschlüsse erwarten dürfe, die er nach Anleitung der identischen Note „vom europäischen und politischen Standpunkt aus“ fassen würde. Die Note rechtfertige die Bundesminorität vom 7. Dezbr. vollständig, und lege die Nothwendigkeit und Dringlichkeit dar, der durch den Bundesbeschluß vom 7. Dezbr. herbeigeführten Unklarheit ein Ziel zu setzen.

Leipzig, 26. Dez. (A. Z.) Zu der ursprünglich für morgen beabsichtigten Versammlung von Abgeordneten der in Sachsen bestehenden Komitees für Schleswig-Holstein hat das Ministerium des Innern auf beschleunigtes Ansuchen Dispensation von der Vorchrift in §. 24 des Vereinsgesetzes von 1850 bereitwillig erteilt. Die betreffende Mittheilung wurde dem hiesigen Komitee unterm 26. Dezbr. durch die hiesige Kreisdirektion zugefertigt. Die Frist für Aüberäumung der Versammlung ist nun aber zu kurz, und wird dieselbe daher erst um einige Tage später stattfinden können.

Lübeck, 27. Dez. (Hamb. Ztg.) Gestern und heute rückte vom Mecklenburgischen aus die zur Reserve bestimmte königl. preussische Brigade hier ein, Brandenburgische Infanterie und Jüthen-Husaren. Die Truppen sind in der Stadt und deren nächster Umgebung einquartiert, und wurden von den Bewohnern auf das entgegenkommendste aufgenommen.

Hamburg, 25. Dez. Ueber die Lage in Kopenhagen schreibt man der „Nat.-Ztg.“:

Der König scheint zu beabsichtigen, den erst am vorigen Montag geschlossenen Reichsrath, ungeachtet derselbe in der bisherigen Zusammenfassung nicht wieder zusammentreten, sondern vom 1. Jan. 1864 ab einer nach dem dänisch-schleswig'schen Grundgesetz vom 18. Nov. zu wählenden neuen Versammlung Platz machen sollte, zum nächsten Montag (28.) noch einmal zu berufen, um, wie anzunehmen ist, jenes Grundgesetz oder wenigstens dessen Inkrafttreten zum 1. Jan. wieder zurückzunehmen. Man darf nun aber wohl fragen, ob sich bis dahin neue Ministere finden werden, die eine solche Zusammenberufung kontrahieren. Und wenn dies der Fall sein sollte, werden die Abgeordneten, deren Mandat für immer erloschen ist, dem Rufe Folge leisten und sogar in die Rücksicht willigen? Und würde ein solcher Beschluß vom dänischen Volk, insbesondere von der Kopenhagener Bevölkerung anerkannt werden? Freilich soll sich der König gegen Offiziere dahin geäußert haben, er hoffe, daß der Friede auf verfassungsmäßige Weise erhalten bleiben werde. Aber wenn nicht eine beschleunigte Lösung, so ist dies im Munde Christian's IX., der bündel aus seinem Willen hat, eine arge Illusion. Der König hat seiner Autorität vollends dadurch den Todesstoß gegeben, daß er, wie die „Berling'sche Abend“ wiederholte, in nächster Woche zur Armee nach Schleswig sich begeben wolle. Wir glauben nicht, daß der königliche Gesandte jetzt sich von Kopenhagen entfernen darf; wenn er dies aber dennoch thut, wird man in Kopenhagen nicht dazwischen den Prinzen Oskar, Bruder des Königs von Schweden, zum König von Dänemark ausrufen? Es kann der 24. Dez. 1863 nicht bloß für die Herzogthümer durch die Proklamirung des Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein und den Einzug der Sachsen und Hannoveraner, sondern auch für die Dänen ein weltgeschichtlich denkwürdiger Tag werden.

Hamburg, 27. Dez. (H. Nachr.) Der schleswig-holsteinische Verein hatte auf gestern Mittag 12 Uhr eine allgemeine Versammlung berufen. Man konnte die Zahl der Anwesenden auf mehr als 2000 Personen schätzen.

Dr. Eggers eröffnete die Verhandlungen mit einer Hinweisung auf den bedeutungsvollen und glücklichen Moment, welcher für Holstein jetzt durch die Befreiung des Landes von der dänischen Herrschaft eingetreten sei. Hr. Volkhausen nahm im Namen des Komitees die Mitwirkung der Versammlung in Anspruch 1) zu einem Gesuch an den Senat um Anerkennung des Herzogs von Schleswig-Holstein, und 2) zu einer Adresse an die Bürgerschaft, damit sie den Senat mit allen verfassungsmäßigen Mitteln angehe, die Anerkennung des Herzogs zu erklären. Nachdem der Redner die beiden Eingaben vorgelesen und motivirt hatte, wurden dieselben sammt der vorgeschlagenen Ueberreichung ohne Diskussion genehmigt. Darauf nahm Dr. Wey das Wort über das Verbot der Wehrübungen durch das Patronat der Vorstadt St. Pauli, und erklärte für sich und im Namen der anderen drei Komiteemitglieder, welche mit ihm gegen die Maßregel beim Patron Senator Müller remonstrirt haben, daß die von ihnen über den Sachverhalt veröffentlichte Darstellung die allein richtige und wahrheitsgemäße sei. Hr. Senator Müller habe, nachdem es ihm mißlungen sei, die gebachte Maßregel auf Recht und Gesetz zu begründen, ausdrücklich erklärt, daß er das Verbot auf Requisition des österreichischen General-Kommando's erlassen habe. Die Komiteemitglieder hätten dem Patron von St. Pauli die Erklärung abgegeben, daß sie die Veranlassung zu jenen Waffenübungen gewesen, die er (der Redner) unter den jetzigen Umständen für eine patriotische Pflicht halte. Mit jenem Verbot sei die Thätigkeit des Komitees nicht gelähmt worden; über seine Wirksamkeit lasse sich indes in einer großen Versammlung nicht diskutieren. Zum Schluß sprach Hr. Nagel als Vorstand der St.-Pauli-Turnerschaft in ähnlichem Sinn wie der Vorredner.

Hamburg, 28. Dez. (Hamb. Ztg.) Die Pferdelieferung an die Dänen ist auf Verlangen der Bundeskommissäre eingestell.

Gestern Morgen hat das seit dem 24. d. in Altona einquartiert gewesene sächsische Infanterie-Bataillon vom Prinz-Albert-Regiment die Stadt wieder verlassen und ist nach Quidbörn abmarschirt. An dessen Stelle ist das 2. Bataillon des s. hannoverschen 7. Infanterieregiments eingerückt.

Am ersten Weihnachtstage hielten die hannoverschen Truppen zwischen Barmbeck und Wandseebek des Vormittags einen Feld-Gottesdienst ab, welchem auch der Höchstkommandirende der hannoverschen Brigade, Hr. Generalleutnant Gebser, beizuhobte.

Das 3. und das 7. Infanteriebataillon und die drei Batterien der hannoverschen Brigade sind gestern aus Barmbeck und der Umgegend in Holstein eingerückt. Heute wird das Bataillon, welches in und um Bergedorf Quartier genommen hatte, hier durchmarschiren.

Gestern (Sonntag) rückten sächsische Truppen in Segeberg, zwischen Odesloe und Neumünster, ein.

Die vier Defakten der Kieler Universität sind gestern, nachdem Abends vorher eine Konstitutions Sitzung gehalten war, nach Altona zu den Bundeskommissären gereist, denen sie eine Adresse an den Deutschen Bund überbringen. Gestern befanden sich noch dänische Truppen in Kiel.

Viele der in den letzten Wochen aus Holstein hieher geflüchteten Personen und Familien haben sich bereits wieder in ihre Heimath zurückbegeben. Hr. Graf Reventlow, der die Korrespondenz mit Herzog Friedrich führt, befindet sich noch hier.

Hamburg, 28. Dez. (W. L. Z.) Neustadt (an der Döse), Bramstedt (in der Mitte Holsteins) und Marne (im Westen, in Süder-Dithmarschen) haben unter Nichttheiligung der Behörden den Herzog Friedrich proklamirt. — 450 holschlesische, nordwärts beorderte Soldaten verweigerten in Ploen die Fortsetzung des Marsches und sind in Altona eingetroffen. Die Sachsen haben Altona verlassen; an ihre Stelle sind Hannoveraner eingerückt.

Hamburg, 28. Dez. (Hamb. Bl.) Es ist folgende Bekanntmachung der Bundeskommissäre erschienen:

In Unserer Bekanntmachung d. d. Büchen, 23. Dez. 1863, sprachen Wir mit Zuversicht die Erwartung aus, daß die Bevölkerung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg sich aller auf Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gerichteten Handlungen enthalten und allen von Parteileidenschaft eingegebenen Bestrebungen, durch gewaltsame und eigenmächtiges Vorgehen der Entscheidung der hohen deutschen Bundesversammlung vorzugreifen, im wahren Interesse des Landes selbst mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werde.

In dieser Erwartung haben Wir Uns beim ersten Eintritt in das Land und in die hiesige Stadt, wie Wir gern anerkennen, nicht getäuscht.

Dagegen erhalten Wir jetzt aus einzelnen Theilen von Holstein Anzeigen über bellagende Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung. — Nicht nur, daß man hier und da so weit gegangen ist, anstatt die Entscheidung des hohen Deutschen Bundes zu erwarten, durch auferlegte Versammlungen den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als Herzog von Holstein förmlich proklamiren zu wollen, so hat man sich anderwärts in strafbarer Nichtachtung der Gesetze des Landes so weit hinreißend lassen, verfassungsmäßig eingesetzt, unter Unserm Schutze stehende Behörden außer Thätigkeit setzen zu wollen, und unsern Entschuldigungen wegen Entlassung von Beamten, welche das Vertrauen des Landes nicht genießen, durch gewaltsame Entfernung derselben vorzugreifen.

